

Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“  
Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich  
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen  
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster  
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Pressemitteilung, Bottrop/Ahaus/Jülich/Münster, 15. Januar 2026

## **BUND-Beschwerde gegen Castor-Beschluss: Anti-Atom-Organisationen begrüßen juristisches Vorgehen**

**18. Januar, 14 Uhr: Kundgebung Rathaus Ahaus**

**24. Januar, 11 Uhr: Demo Autobahn-Rasthof Bottrop-Süd**

### **„Hochradioaktiver Atommüll gehört nicht auf die Autobahn – BUND-Beschwerde bietet politisches Zeitfenster“**

Die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland und Jülich sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßen, dass der BUND NRW beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Beschwerde gegen den abweisenden Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin eingelegt hat. Es geht um den Sofortvollzug der Transportgenehmigung für die 152 Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atommüll vom Forschungszentrum Jülich ins Zwischenlager Ahaus. Zugleich rufen die Initiativen für kommenden Sonntag, 18. Januar, um 14 Uhr zu einer Kundgebung vor dem Rathaus in Ahaus auf. Am Samstag, 24. Januar, findet zudem um 11 Uhr am Autobahn-Rasthof Bottrop-Süd eine Demo entlang der Castor-Autobahn A2 statt. Auftakt ist an der Kreuzung Oberhausener Straße/Hanielstraße in Bottrop-Fuhlenbrock. Bottrop liegt auf halbem Weg der 170 Kilometer langen Castor-Strecke und ist durch die Autobahn-Großbaustelle zwischen Oberhausen und Bottrop ein offensichtliches sicherheitstechnisches Nadelöhr.

„Wir freuen uns sehr, dass der BUND NRW nun den Gang vor das OVG Berlin-Brandenburg antritt. Der negative Beschluss des VG Berlin ist aus unserer Sicht nicht haltbar. Hochradioaktiver Atommüll gehört nicht auf die Autobahn. Deshalb werden wir weiterhin unseren Protest öffentlich sehr deutlich machen – jetzt Sonntag in Ahaus und am kommenden Samstag dann in Bottrop. Wir fordern weiterhin eine politische Lösung zwischen Bundes- und Landesregierung, die eine Weiterlagerung des Atommülls in Jülich ermöglicht“, erklärte Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“.

Die Anwohner:innen entlang der Autobahnen wurden bislang weder von der Bundes- noch der Landesregierung oder der Polizei unterrichtet. Die Proteste dienen also auch der öffentlichen Information über die erheblichen Unfall- und Sicherheitsgefahren der LKW-Atommülltransporte. Die Gewerkschaft der Polizei spricht angesichts der „sinnlosen Mammutaufgabe“ seit Monaten von „Wahnsinn“. Denn auch das Zwischenlager Ahaus bietet keine Dauerlösung. Und ein sicheres Endlager wird auf Jahrzehnte nicht geben. In dieser Situation machen Atommülltransporte von einem Zwischenlager in ein anderes keinen Sinn. Sie sorgen angesichts von maroden Autobahnen und Brücken, von Drohnen und der Gefahr schwerer Unfälle nur für neue, unkalkulierbare Risiken.

„Wer in diesen unsicheren Zeiten auf die Idee kommt, Dutzende Male hochradioaktiven Atommüll in riesigen Polizei-Konvois über die ohnehin überlasteten NRW-Autobahnen zu schicken, handelt unverantwortlich. Es ist absolut unverständlich, warum von der NRW-Landesregierung so wenig zu hören ist. Wenn NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst wirklich auf jeden Castor gut verzichten kann, wie er letzten Sommer gesagt hat, dann muss er jetzt endlich die Initiative ergreifen, um die hochriskante Atommüll-Lawine für NRW zu verhindern. Die BUND-Beschwerde bietet ein politisches Zeitfenster“, ergänzte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

## **Kontakte:**

Hartmut Liebermann, BI „Kein Atommüll in Ahaus“, Tel. 0163-6008383

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023

## **Weitere Infos:**

[www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de), [www.westcastor.org](http://www.westcastor.org), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de)